

Einwanderungstraumland Kanada?

Perspektiven und Impulse für die deutsche Einwanderungs- und Integrationspolitik

Friederike Alm und Elke Winter

Zusammenfassung

In diesem Artikel wird sich mit der Frage befasst, was genau Deutschland von Kanadas Erfahrungen mit Einwanderung und Integration lernen kann. Hierzu werden zunächst Grundzüge der kanadischen Einwanderungs- und Integrationspolitik dargestellt, anschließend wird die Problemlage in Deutschland expliziert. Der Artikel schließt mit einer Analyse, in welchen Politikbereichen Kanada berechtigt als Inspiration für deutsche Einwanderungs- und Integrationspolitik gelten kann.

1. Einleitung: Einwanderungstraumland Kanada – Inspiration für Deutschland?

Seit der Jahrtausendwende ist Deutschland offiziell zu einem Einwanderungsland geworden. Mittlerweile nimmt es weltweit nach den USA den zweiten Platz der wichtigsten Einwanderungsländer der Welt ein. 18 Prozent der Bevölkerung sind nicht in Deutschland geboren und über 29 Prozent der Menschen in Deutschland verfügen über einen sogenannten Migrationshintergrund.¹ Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung gibt es gesellschaftlich und politisch viele Diskussion darüber, was es für Deutschland bedeutet, ein Einwanderungsland zu sein.

Ein Land, das in diesem Kontext reichlich Aufmerksamkeit für seine Einwanderungs- und Integrationspolitik erhält, ist Kanada. Das nordamerikanische Land gilt in vielerlei Hinsicht als Vorbild für neuere Einwanderungsländer, besonders in Bezug



Friederike Alm

Doktorandin am Institut für Politikwissenschaft
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main



Prof. Dr. Elke Winter

School of Sociological and Anthropological Studies
University of Ottawa

auf das klar strukturierte Einwanderungssystem und das deutliche Bekenntnis zum Multikulturalismus als Leitbild für gesellschaftlichen Zusammenhalt. In den letzten beiden Jahrzehnten gab es einen regelrechten Politiktourismus nach Kanada, um zu verstehen, wie man Einwanderung und Integration nachhaltig und positiv gestalten kann. Zuletzt waren die deutsche Innenministerin Nancy Faeser und der Arbeitsminister Hubertus Heil im März 2023 in Kanada zu Besuch, um sich über das dortige Einwanderungssystem zu informieren. Heils Fazit nach der Reise war deutlich: „Die Bürokratie muss abgebaut werden, aber auch das Mindset der Gesellschaft muss sich ändern.“ (Deutschlandfunk 2023). Faeser brachte zum Ausdruck, dass die aktuelle Einbürgerungsfrist von acht Jahren Aufenthalt auf fünf reduziert werden müsse und fügte hinzu: „Wir brauchen geordnete Migration, wie wir sie in Deutschland noch nie hatten“ (ebd.).

Kanada ist für diese Veränderungen ein gängiger medialer und politischer Wegweiser. In der Medienberichterstattung zu Kanada werden häufig Einzelbeispiele von erfolgreichen Einwanderungsgeschichten herangezogen oder es werden Firmen porträtiert, in denen Mitarbeiter*innen vielfältiger Herkunft erfolgreich zusammenarbeiten. Aber was genau beinhaltet die kanadische Einwanderungspolitik? Und welche Aspekte dieser Politik lassen sich tatsächlich in Deutschland übernehmen? In diesem Artikel möchten wir über die anekdotische Medienberichterstattung hinaus wissenschaftlich erörtern, was Kanada zu einem ‚erfolgreichen‘ Einwanderungsland macht und inwiefern dieser Status an politische, gesellschaftliche, geographische und nicht zuletzt kontextspezifische Bedingungen geknüpft ist. Darauf aufbauend erörtern wir, welche Aspekte der kanadischen Einwanderungspolitik berechtigt als Inspiration für Deutschland gelten sollten. Allerdings werden wir auch darauf hinweisen, welche Gemeinsamkeiten zwischen Kanada und Deutschland bereits bestehen. So zeigen wir, dass die grundsätzlich postulierte Unterscheidung zwischen den beiden Ländern sich in den letzten beiden Jahrzehnten gelockert hat. Zu guter Letzt zeigen wir auf, welche Aspekte kanadischer Migrationspolitik realistisch auf andere Länder übertragbar sind – und welche eine ‚Kopie‘ des kanadischen Ansatzes für Deutschland erschweren.

2. Kurz und knapp: Wie funktioniert das kanadische Einwanderungs- und Integrationssystem?

2.1 Das kanadische Einwanderungssystem: Mehr als nur Punkte

Seit seiner Gründung als kanadische Konföderation 1867 (damals noch als Teil der britischen Kolonialherrschaft) wandern Menschen nach Kanada ein. So wird in der wissenschaftlichen Literatur häufig darauf hingewiesen, dass Einwanderung ein wesentlicher Bestandteil kanadischer Staatsbildung ist (Triadafilopoulos 2012). Die strategische Gestaltung kanadischer Einwanderung begann bereits Ende des 19. Jahrhunderts. Grundlegend galt, dass Einwander*innen aufgrund ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit ausgewählt oder von der Einwanderung ausge-

geschlossen wurden. Dieser Ansatz, der Einwanderung auf (bestenfalls protestantische und nordeuropäische) weiße Menschen beschränkte, setzte sich bis in die 1960er Jahre fort. Aufgrund politischen Wandels (und der schwindenden Verfügbarkeit der gewünschten demographischen Einwander*innengruppe) begann in diesem Jahrzehnt ein Umdenken. Zunächst wurden Ethnie und Religion als Selektionskategorien für Einwanderung gestrichen. Ende des Jahrzehnts wurde dann das Punktesystem für wirtschaftliche Einwanderung geschaffen. Trotz einiger Veränderungen seit seiner Einführung 1967 besteht der grundlegende Ansatz des Punktesystems fort: Für die Zustimmung zur Einwanderung muss eine Mindestpunktzahl erreicht werden, die sich aus verschiedenen Kategorien zusammensetzt. Hierzu gehören Alter, Ausbildung, Sprachkompetenzen, vorherige Aufenthalte in Kanada (z.B. zum Studium) und Berufserfahrungen.

An dieser Stelle ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass sogenannte wirtschaftliche Einwanderung (*economic immigration*) nur einen Bestandteil der Einwanderung nach Kanada ausmacht. Wie in anderen demokratischen Einwanderungsländern ermöglicht Kanada die Einwanderung als Fachkraft, als Familienmitglied oder aus humanitären Gründen. Diese Dreifaltigkeit der Einwanderung wurde bereits Ende der 1960er Jahre gesetzlich festgehalten.

Der mediale Fokus auf das Punktesystem ist allerdings verkürzt: Während der grundlegende Ansatz der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit weiterhin den Ton angibt, gab es in den letzten drei Jahrzehnten einige Veränderungen im Einwanderungssystem, um Einwanderung noch wirtschaftlich effizienter zu gestalten. In den 1990er Jahren spielen die zehn kanadischen Provinzen eine wichtige Rolle für wirtschaftliche Einwanderung. Die *Provincial Nominee Programs* (PNP), also Nominierungsprogramme der kanadischen Provinzen, haben zum Zweck, dass Einwander*innen sich nicht nur in den beliebten Provinzen und Städten wie Montreal, Toronto oder Vancouver niederlassen und Fachkräfte passend zu lokalen Bedürfnissen rekrutiert werden. Seit Ende der 1990er stieg auch die Einwanderung über temporäre Programme. *Temporary Foreign Workers* (TFWs) sind vermehrt in Landwirtschaft und Sorgearbeit tätig und haben grundsätzlich keinen Anspruch auf Verstetigung ihres Aufenthalts. Zu guter Letzt muss darauf hingewiesen werden, dass seit der Einführung des *Express Entry Systems* 2015 ein Jobangebot in Kanada als grundlegende Bedingung gilt, um überhaupt im Punktesystem evaluiert zu werden.

2.2 Das kanadische Integrationssystem: Multikulturalismus und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Während der Multikulturalismus im europäischen Kontext grundsätzlich als *passé* gilt (Vertovec/Wessendorf 2010) ist dieser Ansatz für Kanada seit den 1970er Jahren eine konstitutionelle Staatsdoktrin. Nicht nur das, er genießt auch unter Kanadier*innen ein positives, identitätsstiftendes Ansehen (Fleras 2015). Was verbirgt sich hinter diesem Ansatz? Zunächst ist es hilfreich, den Integrationsbegriff konzeptionell zweizuteilen. So können wir hier pragmatisch zwischen Integration als 1. Maßnahmen bei der Ankunft und Niederlassung als Einwander*in und 2. Integration als gesamtgesellschaftliche Einstellung gegenüber Einwander*innen als Teil der Gesellschaft

unterscheiden. Die Unterstützung beim Einwanderungs- und Niederlassungsprozess (in Kanada *settlement* genannt) ist in Kanada seit den 1960er Jahren weitestgehend institutionalisiert. Häufig werden hierfür auch lokale migrantische Organisationen herangezogen, um den neu Angekommenen alltagspraktische Orientierung für Wohnungsmarkt und Bildungssystem zu bieten.

Im zweiten Sinne der Integrationskonzeption ist in Kanada der Multikulturalismus als Ansatz für gesellschaftlichen Zusammenhalt prägend. Geschichtlich findet der Multikulturalismus seinen Ursprung zu Beginn der 1970er Jahre. Im Zuge der innerkanadischen Auseinandersetzung über die anglo-frankophone Bilingualität hielt Premierminister Pierre E. Trudeau 1971 im Parlament fest, dass Kanada zwar bilingual, aber grundsätzlich multikulturell sei (Canadian House of Commons Debates, Oct. 8 1971: 8545-8548). Seit über fünfzig Jahren ist das Selbstverständnis der kanadischen Gesellschaft daher eines, welches grundlegend keine dominante ‚Leitkultur‘ voraussetzt, sondern gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Anerkennung kultureller Vielfalt generiert. Multikulturalismus besteht also nicht nur für Einwander*innen als Integrationsorientierung. Vielmehr versteht Kanada das Zusammenleben in kultureller Vielfalt, die unter anderem durch Einwanderung generiert ist, als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

An dieser Stelle ist es wichtig darauf zu verweisen, dass der Ursprung Kanadas auf den britischen Kolonialismus zurückgeht, der auf der Grundlage der Verdrängung und mitunter Vernichtung der indigenen Bevölkerung Kanada beruhte. Diese Geschichte der Verdrängung und Zwangsassimilation der ursprünglichen kanadischen Bevölkerung ist auch heute noch ein höchst relevantes politisches Thema in Kanada und konfiguriert in zum Teil unbequemer Weise mit den kanadischen multikulturellen Ansprüchen. Vor allem in den letzten zwei Dekaden werden heftige politische Diskussionen über die fehlende Aufarbeitung dieser Gewaltgeschichte geführt, die für viele heute lebende Indigene weiterhin materielle Konsequenzen mit sich zieht. Zu weiterführender Literatur hierzu siehe unter anderem Cannon und Sunseri 2018 und Paulson und Tomiak 2022.

3. Die Problemlage: Was sind Verbesserungsmöglichkeiten und Herausforderungen der deutschen Einwanderungs- und Integrationspolitik?

Während Kanada international als Referenzpunkt für ein erfolgreiches Einwanderungsland gilt, nimmt Deutschland eine eher ambivalente Position als sehr wichtiges, aber vermeintlich unerfahreneres Einwanderungsland ein. Woran liegt das? Zunächst ist festzuhalten, dass Einwanderung nach Deutschland keineswegs ein neues Phänomen ist. Ähnlich wie in Kanada gab es bereits Ende des 19. Jahrhunderts politische Bemühungen um die strategische Steuerung von Einwanderung. Im Zuge der Fluchtbewegungen nach Ende des zweiten Weltkriegs wanderten viele Menschen nach Deutschland als sogenannte Aussiedler*innen ein. Ab Mitte der 1950er startete die Einwanderung von sogenannten Gastarbeiter*innen. Bis zum Einwanderungsstopp 1973 im Zuge der Ölkrise wanderten über 13 Millionen Menschen als Gast-

arbeiter*innen ein. Im Gegensatz zu den Aussiedler*innen hatte diese Gruppe keinen Anspruch auf Verstetigung ihres Aufenthalts. Aus dieser Spannung entstand das politische Narrativ des Nichteinwanderungslandes, das lange Zeit das deutsche Selbstverständnis dominierte (Bade 2013).

Seit den 1990ern änderte sich viel im deutschen Einwanderungssystem. So wurde die Einwanderung von (nun Spät-)Aussiedler*innen beschränkt und die humanitäre Einwanderung europäisiert. Seit Beginn der 2000er wurde die Einbürgerung erleichtert und die deutsche Regierung unternahm bewusste Schritte zur Erhöhung der Fachkräfteeinwanderung. Auch in den frühen 2010ern wurde Einwanderungspolitik weiter liberalisiert, was den hohen Anteil an Einwander*innen aus Nicht-EU-Staaten erklärt.

Ein gängiger Referenzpunkt in der deutschen Einwanderungsgeschichte ist heute das Jahr 2015, in dem die humanitäre Einwanderung nach Deutschland einen historischen Höchstpunkt erreichte. Während in Anschluss an diese Migration einige Gesetze für Asyl und Integrationsmaßnahmen von Geflüchteten angepasst wurden, änderte 2015 entgegen manchen Darstellungen das deutsche Einwanderungssystem nicht grundlegend. Vielmehr betraf es den Bereich der humanitären Migration, der, wie in allen demokratischen Einwanderungsländern, lediglich einen der drei gängigen Einwanderungskanäle (wirtschaftlich, familiär und humanitär), ausmacht.

Wo liegen die Probleme in der deutschen Einwanderungs- und Integrationspolitik? Die Antwort auf diese Frage ist vielschichtig. Zunächst ist festzuhalten, dass Einwanderung selbst nicht der Ursprung der Problemlage ist – vielmehr handelt es sich um eine fehlende Gestaltung der vielfältigen gesellschaftlichen Prozesse, die erhöhte Einwanderung mit sich bringt (Thym 2023). Aus unserer Sicht lässt sich die ‚deutsche Problemlage‘ an drei Ebenen festmachen, die je politisch, gesellschaftlich und diskursiv einen Einfluss auf die aktuelle Situation haben:

3.1 Politisch fehlt eine allumfassende Einwanderungs- und Integrationsstrategie.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich Deutschland institutionell stark gewandelt und ermöglicht nun die Einwanderung von Menschen außerhalb der EU aufgrund ihrer professionellen Qualifikation für wirtschaftliche Zwecke. Allerdings gibt es hierfür kein einheitliches System. Vielmehr gibt es eine Vielzahl von verschiedenen Programmen, die verwirrend sind und die Einwanderung sowohl für potenzielle Arbeitnehmer*innen als auch für Arbeitgeber*innen erschweren. Ähnliches gilt auf der Integrationsebene. Die Erfahrungen von Einwander*innen bei Ankunft und Niederlassung unterscheidet sich aufgrund der Föderalisierung von Integration beträchtlich. Die Zögerlichkeit und Ambivalenz der deutschen Politik, ein umfassendes System für diese Abläufe zu schaffen, erschwert Einwanderungs- und Integrationsprozesse sowohl für Einwander*innen als auch für die Gesellschaft.

3.2 Gesellschaftlich fehlt eine deutliche Anerkennung von Deutschland als Einwanderungsland (und der hiermit verbundenen kulturellen Vielfalt).

Auch wenn Deutschland rein empirisch ein Einwanderungsland ist, fehlt dieses klare Bewusstsein auf gesellschaftlicher Ebene. Dies lässt sich unter anderem damit erklären, dass Einwanderung in vielen Großstädten und in weiten Teilen Westdeutschlands alltäglich ist, während sie in anderen, eher ländlichen Teilen Deutschlands noch als Ausnahme gilt. Daher wäre es politisch wichtig durch Bildungsangebote und klare Botschaften darauf hinzuwirken, die fortwährende Ambivalenz in der Bevölkerung gegenüber der längst bestehenden Realität aufzulösen. Während Multikulturalismus nicht im Grundgesetz festgehalten ist, ist kulturelle Vielfalt bereits zum Alltag für viele Menschen in Deutschland geworden. Ein explizit positives Framing dieser Realität (und ihrer Normalität) hat bisher noch nicht stattgefunden. Der Fokus liegt häufig vielmehr auf der Problematisierung der Situation von Einwander*innen und ihren Kindern.

3.3 Diskursiv fehlt eine klare Trennung zwischen verschiedenen Formen und Phasen von Einwanderung.

Medial und in der Tagespolitik findet – teilweise aus Unkenntnis, teilweise aus politischem Kalkül – seit Jahren eine Vermischung oder Falschbenennung verschiedener Migrationsformen statt, die den Eindruck erwecken lassen, dass Migration grundsätzlich problembehaftet und nachteilig für die Gesellschaft ist. Emblematisch hierfür ist beispielsweise die Vermischung von humanitärer Einwanderung, dem missverständlichen und herabwürdigendem Begriff der ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘, irregulärer Einwanderung und ökonomischer Einwanderung. Die fehlende begriffliche Stringenz ist einer allgemeinen Skepsis gegenüber Einwanderung und ihrer Auswirkungen zuträglich. Dies führt wiederum zu einer fortdauernden Stigmatisierung von Einwander*innen und einer Problematisierung von Einwanderung allgemein. Es ist notwendig zwischen verschiedenen Formen und Phasen von Einwanderung nicht nur gesetzlich, sondern auch diskursiv deutlich zu unterscheiden, um dieser Vermischung entgegenzuwirken und so eine angemessene, weniger emotionsgeleitete Diskussion über einen nachhaltigen Umgang mit Einwanderung zu ermöglichen.

4. Kanadische Impulse: Was kann Deutschland von Kanada lernen (und was nicht)?

Die Referenz auf Kanada als Inspiration für deutsche Einwanderungs- und Integrationspolitik besteht politisch und wissenschaftlich schon seit Beginn der frühen 2000er Jahre. So hielt der Süßmuth-Bericht aus dem Jahr 2001 fest, dass ein Einwanderungspunktesystem nach kanadischem Modell für Deutschland erstrebenswert wäre (Ellermann 2021). Wissenschaftlich ist die Übertragbarkeit der kanadischen Einwanderungs- und Integrationspolitik umstritten. Einige Forscher*innen verweisen auf

die fehlende Vergleichbarkeit der beiden Fälle, die den jeweils historisch gewachsenen und daher idiosynkratischen Einwanderungssystemen zuträglich ist und daher keine Übertragbarkeit ermöglicht. Andere verweisen auf das ‚geopolitische Privileg‘ Kanadas: Aufgrund seiner isolierten Lage und des sicheren Drittstaatenabkommens mit den USA hat Kanada verhältnismäßig wenig eigenständige bzw. unautorisierte humanitäre und irreguläre Einwanderung und muss sich daher nicht gleichermaßen den hiermit verbundenen Herausforderungen und nicht zuletzt, politischen Widerständen stellen (zur Diskussion über die Vergleichbarkeit von Kanada und Deutschland siehe u. a. Winter 2001, Bauder, Lenard und Strachle 2014, Alm 2020 und Schmidtke 2021).

Es ist klar, dass ein politischer Ansatz nicht eins-zu-eins in ein anderes politisches System übernommen werden kann. Dennoch sind wir der Ansicht, dass gewisse Aspekte der kanadischen Einwanderungs- und Integrationspolitik berechtigterweise als Impulse für Deutschland gelten können. Hierfür haben wir drei Bereiche identifiziert, in denen Deutschland bereits jetzt Kanada ähnelt und weitere Schritte unternehmen kann, um der oben ausgemachten ‚deutschen Problemlage‘ entgegenzuwirken.

4.1 Staatsbürgerschaft: Ein wichtiger symbolischer Akt der Zugehörigkeit

Die kanadische Staatsbürgerschaft besteht erst seit 1947. Seither wird sie, wie in anderen demokratischen Ländern, nach dem *ius soli*, *ius sanguinis* und *ius domicili* Prinzip verliehen. In Kanada geborene Menschen erhalten automatisch die kanadische Staatsbürgerschaft (*ius soli* oder auch ‚Boden-Recht‘), ebenso jene mit mindestens einem kanadischen Elternteil (*ius sanguinis*, ‚Blut-Recht‘). Alle Einwander*innen, die wirtschaftlich, familiär oder humanitär einwandern, erhalten einen unbefristeten Aufenthaltsstatus von dem Moment an, an dem sie Kanada betreten. Ausgenommen hiervon sind TFWs und noch nicht anerkannte Geflüchtete. Das kanadische *ius domicili* (Aufenthaltsrecht) sieht vor, dass Eingewanderte mit unbefristetem Aufenthaltsstatus sich (derzeit) vier Jahre später um die kanadische Staatsbürgerschaft bemühen können, ohne ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufzugeben.² Das ist die Hälfte der Zeit, die bis zur Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts im Frühjahr 2024 erforderlich war.³ Die Zugehörigkeit zur kanadischen Gesellschaft ist daher institutionalisiert, gesellschaftlich konsolidiert und weitestgehend politisch unumstritten. Einbürgerungszeremonien sind in Kanada höchst feierliche Veranstaltungen, denen eine hohe Symbolkraft beigemessen wird. Von diesem Moment an gilt die eingebürgerte Einwanderin als Kanadierin und der Einwanderungsprozess als abgeschlossen.

In Deutschland wiederum war der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft lange fast ausschließlich über das *ius sanguinis* Prinzip möglich. Seit 1990 hat sich dies geändert und ein Anspruch auf Naturalisierung über *ius domicili* war seither nach 15, seit 2000 nach acht Jahren möglich. Auch wurde 2000 eingeführt, dass die zweite Generation Anspruch auf Staatsbürgerschaft über *ius soli* hat, sofern eins der Elternteile über einen dauerhaften Aufenthaltstitel verfügt. Derzeit ist es offiziell nicht möglich mehr als zwei Staatsbürgerschaften zu haben. Allerdings gibt es so viele Ausnahmere-

gelingen hierfür, dass die erste Staatsbürgerschaft in über 50 Prozent der Fälle doch beibehalten wird (Bundeszentrale für politische Bildung 2017). Derzeitige Diskussionen über die Veränderungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes beinhalten die Reduzierung von *ius domicili* auf fünf Jahre. Wie Innenministerin Faeser zu Beginn dieses Artikels zitiert wurde, eine Anerkennung der Verleihung der Staatsbürgerschaft als symbolischer und nicht zuletzt institutioneller Moment der Zugehörigkeit scheint stattgefunden zu haben.

4.2 Die zweite Einwander*innengeneration

Ebenso wichtig wie die institutionelle Anerkennung der Zugehörigkeit durch die Verleihung der Staatsbürgerschaft für neue Einwander*innen ist der Umgang mit der zweiten und dritten Einwander*innengeneration. Seit Jahren ist der Begriff „mit Migrationshintergrund“ nicht nur in offiziellen Statistiken, sondern auch im allgemeinen Sprachgebrauch geläufig. Auch wenn diese Einordnung die Vielfalt innerhalb der deutschen Gesellschaft sichtbar gemacht hat, hat sie zeitgleich auch dafür gesorgt, dass vielen Menschen das Gefühl gegeben wird, dass sie in ihrem Einwandererstatus verharren. In Kanada ist klar: Zwar ist die Migrationsgeschichte einer Person oder die ihrer Eltern bedeutend für ihre kulturelle Identität, aber sie hängt einem darüber hinaus nicht nach. Dies steht im Gegensatz zu Deutschland, wo das Attribut „mit Migrationshintergrund“ zu häufig noch als Erklärungsmuster oder Projektionsfläche für verschiedene soziale Malaisen Einsatz findet. Ein Umdenken gegenüber der zweiten und dritten Generation von Menschen, deren Eltern oder Großeltern eingewandert sind, kann nach kanadischem Vorbild den Prozess anstoßen, den Deutschland nach Naika Foroutan zu einer „postmigrantischen“ Gesellschaft macht (Foroutan 2019). Das bedeutet, dass Einwanderung als empirische Realität anerkannt wird und ein Land sich nun aktiv mit den Umwandlungsprozessen, die Einwanderung mit sich bringt, auseinandersetzt. Die Diskriminierungs- und Ausschluss-erfahrungen von Menschen mit Migrationsgeschichte werden dann nicht mehr als „Integrationsprobleme“, sondern vielmehr unter dem Vorzeichen des Antirassismus und der Antidiskriminierung verhandelt. Besonders wichtig sind diese Maßnahmen im Bildungssektor, wo 40 Prozent aller minderjährigen Kinder statistisch einen Migrationshintergrund haben. Kurzum: Sobald Menschen die Staatsbürgerschaft haben, sollten soziale Probleme nicht länger als „Integrationsprobleme“ diskutiert werden.

4.3 Fachkräfteeinwanderung

Seit einiger Zeit ist das Wort Fachkräftemangel in aller Munde. Aktuelle Prognosen zeigen, dass mit der Rente der geburtenstarken Generationen immer mehr Menschen benötigt werden, um diese demographische Lücke auf dem Arbeitsmarkt zu füllen (Deutsche Welle 2021). Grundsätzlich gilt, dass ein Land die Bevölkerungszahl (und damit die Anzahl der Erwerbstätigen) über zwei Wege erhöhen kann; durch mehr Geburten oder durch mehr Einwanderung. Ersteres erfordert eine langfristige familienpolitische Strategie und erweist sich zunehmend als kompliziert, da immer weniger Menschen Kinder bekommen (möchten). Die zweite Strategie erscheint

daher logischer und nicht zuletzt berechenbarer. Aktuell liegt die Schätzung bei der Notwendigkeit von 400.000 neuen Einwander*innen nach Deutschland pro Jahr (ebd.). Kurzum: Um Wohlstand nachhaltig und langfristig zu garantieren, braucht es Einwanderung (Kerr 2018).

Heute ist deutlich, dass die Einwanderung von Fachkräften volkswirtschaftlich clever und demographisch notwendig ist. Im neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz, welches im Juli 2023 verabschiedet wurde, wurden weitere Hürden für die Einwanderung von Drittstaatsangehörigen abgebaut und sogar ein *kanada-esques* Punktesystem eingeführt, sodass Deutschland nun die institutionellen Rahmenbedingungen eines Einwanderungslandes erfüllt. Daher ist es möglicherweise ‚zu spät‘ aus Kanada Inspiration zu ziehen, da die aktuelle Bundesregierung bereits Nägel mit Köpfen gemacht hat. Interessant ist an dieser Stelle dennoch das einheitliche System in Kanada, welches einen klaren Überblick über die Arbeitsmarktbedürfnisse herstellt. Dies geschieht unter anderem über die sogenannten *Provincial Nominee Programs*, die weiter oben bereits angeführt wurden. Es wäre zu erwägen, ob eine Föderalisierung des Einwanderungssystems politische Konflikte über Einwanderungsquoten oder die Notwendigkeit von Fachkräfteeinwanderung in manchen Regionen Deutschlands abbauen könnte. Zudem sollte in Erwägung gezogen werden, allen Fachkräfteeinwander*innen wie in Kanada direkt einen unbefristeten Aufenthaltstitel zu gewähren, da dieser nicht nur ihnen, sondern auch den Arbeitgeber*innen Planungssicherheit gibt. Zuletzt ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass Fachkräfteeinwanderung durchaus ethisch umstritten ist, da sie zu dem Phänomen des *skill* oder *brain drain* führen kann. Kurzum, wenn in Afrika 25 Prozent aller Menschen leben, die medizinischer Versorgung bedürfen, aber nur zwei Prozent der weltweit verfügbaren Ärzt*innen - ist es dann ethisch vertretbar, afrikanische Ärzt*innen zur Einwanderung nach Deutschland einzuladen? (Owen 2021). Dies sind komplexe Fragestellungen, denen sich alle demokratischen Einwanderungsländer stellen müssen, um durch ihre Einwanderungspolitik nicht zu globaler Ungleichheit beizutragen.

4.4 Humanitäre Migration

Die Übertragbarkeit des kanadischen Systems auf Europa ist vor allem im Bereich der humanitären Migration umstritten. Kanadas geographische Lage führt dazu, dass es um einiges selektiver mit humanitären Einwander*innen umgehen. Daher fällt es Kanada leicht, sich global deutlich zu seiner humanitären Verpflichtung zu bekennen, da irreguläre und spontane humanitäre Einwanderung in sehr geringem Maße stattfindet. Zum Beispiel hat Kanada im Jahr 2023 bisher lediglich 60.000 Asylanträge erhalten. Das ist zwar die höchste Zahl im letzten Jahrzehnt, allerdings hat Deutschland im gleichen Jahr 300.000 Asylanträge erhalten und 1,1 Millionen Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine aufgenommen (Balintec 2023). Vor allem im aktuellen Kontext des Ukrainekriegs, der zunehmenden Fluchtbewegungen nach Europa und der Debatte über ein gemeinsames europäisches Asylsystem sehen wir in diesem Bereich in Kanada am wenigsten Ansatzpunkte für die deutsche Asylpolitik. Aus unserer Sicht bedarf es bei dieser Thematik vielmehr einer tieferen Auseinandersetzung, die wir in der Kürze dieses Artikels nicht leisten können.

5. Ausblick: Effektive Einwanderungs- und Integrationspolitik im 21. Jahrhundert

In diesem Artikel haben wir uns mit der kanadischen und der deutschen Einwanderungs- und Integrationspolitik befasst, um der Frage nachzugehen, welche Impulse aus Kanada für die deutsche Einwanderungspolitik förderlich sein könnten. Grundlegend konnten wir aufzeigen, dass das kanadische Einwanderungs- und Integrationssystem für Einwander*innen trotz auch in Kanada bestehender Probleme und Spannungen wirkräftiger und freundlicher gestaltet ist. Diese Dynamik ist zwar historisch gewachsen, dennoch lässt sich von ihr lernen.

Grundlegend möchten wir festhalten, dass Kanada vor allem im Bereich der Integrationspolitik als Wegweiser für Deutschland wirken kann. Die Politik der Zugehörigkeit, die institutionell über die Staatsbürgerschaft und ideell über einen Diskurs des Zusammenhalts in Vielfalt bzw. über den Multikulturalismus stattfindet, ist einem konfliktfreieren Umgang mit Einwanderung zuträglich. Hierzu gehört, dass Einwanderung als alltäglich und normal wahrgenommen wird und Einwander*innen grundsätzlich einladend behandelt werden. In den Bereichen der Fachkräfteeinwanderung und der humanitären Einwanderung sind die Strukturen in Kanada historisch gewachsen und eingespielt. Diesen Prozess durchläuft Deutschland derzeit und muss institutionell und strukturell noch einiges aufholen. Vor allem der Bereich der humanitären Migration hat eine große und leider oft negative Strahlkraft auf andere Einwanderungsprozesse, sodass eine klare diskursive Abgrenzung dieser Migrationsform wichtig für eine Versachlichung der Debatte wäre. Einwanderung nach Deutschland ist keinesfalls durchweg konfliktbehaftet.

Bestenfalls sollte Einwanderung eine *win-win-win*-Situation für das empfangende Land, die Einwander*innen und auch das sendende Land darstellen. Empfangende Länder haben einen großen Einfluss auf diese Dynamik. Durch die effektive Auswahl von potenziellen Einwander*innen und einladende Strukturen für Ankunft und Niederlassung können sie darauf hinwirken, dass der Einwanderungsprozess für alle positiv verläuft. Kanada stellt sich dieser Aufgabe mit einem dezidiert ökonomischen Impetus schon seit Jahren. Allerdings greift ein Fokus auf die Wirtschaftlichkeit des kanadischen Systems zu kurz. Mit Einwanderung nach Kanada sind auch humanitäre und nicht zuletzt demokratische Werte verbunden, die kulturelle Vielfalt als positiv werten. Aus unserer Sicht ist dieses Selbstverständnis einer nachhaltigen Einwanderungsgesellschaft zuträglich. Wenn Deutschland eine Sache von Kanada lernen möchte, dann sollte es dies sein: Einwanderung ist grundlegend eine kulturelle, gesellschaftliche und ökonomische Bereicherung. Die wichtigste Einsicht eines geschulten Blicks nach Kanada lautet: Einwanderung ist die Lösung für aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen und nicht das Problem.

Anmerkungen

- 1 Der Begriff „Migrationshintergrund“ wurde 2005 in die amtliche Datenerhebung des Bundes eingeführt, um die Vielfalt der Bevölkerung über den Besitz eines ausländischen Passes hinaus zu berücksichtigen. Statistisch gesehen hat eine Person mit „Migrationshintergrund“ mindestens ein Elternteil, das nicht von Geburt an den deutschen Pass besitzt. Die Verwendung des Begriffs ist umstritten: Die einen betonen, dass damit eine strukturelle Diskriminierung von Menschen im Zusammenhang mit Zuwanderung aufgezeigt werden kann, andere verweisen auf eine Brandmarkung von in Deutschland geborenen Menschen mit deutschem Pass als „Andere“. (Bundeszentrale für politische Bildung 2023; Destatis 2023).
- 2 Etwa 80 Prozent aller Migrant*innen beantragen diese auch. Allerdings sind die Zahlen in den letzten Jahren etwas rückläufig. Aus unserer Sicht lässt sich dies damit begründen, dass die sogenannte ‚circular migration‘ von gut ausgebildeten Migrant*innen aus der Mittelschicht zunimmt; diese Einwander*innengruppe also nur für einen gewissen Zeitraum in Kanada ist, um dann in ein anderes Land zu migrieren oder in ihr Ursprungsland zurückzukehren. Daher sinkt für diese Gruppe die Notwendigkeit für die Annahme der kanadischen Staatsbürgerschaft.
- 3 Nach Verlassen dieses Artikels wurde im Januar 2024 ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz verabschiedet, welches die Aufenthaltszeit von acht auf fünf, in speziellen Fällen sogar auf drei Jahre reduziert. Zudem ist nun die Beibehaltung einer zweiten Staatsbürgerschaft grundsätzlich möglich.

Literatur

- Alm, Friederike. 2020. „The Reluctant Multiculturalist: Investigating Possibilities for Applying Canadian Multicultural Policies in Germany.“ *Journal of Identity and Migration Studies* 14 (1): 84–100.
- Bade, Klaus J. 2013. „Zwanzig Jahre ‚Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung‘ (1993). Erinnerungen des Herausgebers“. Mediendienst Integration. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Manifest_60_20_Jahre_Bade.pdf. Zuletzt aufgerufen August 2023.
- Balintec, Vanessa. 2023. „More and More Asylum Seekers are coming to Canada. Is it enough to stem the Global Tide of Refugees?“ Canadian Broadcasting Channel. <https://www.cbc.ca/news/canada/canada-asylum-seeker-increase-1.6916053>
- Bauder, Harald, Patti Tamara Lenard, und Christine Strachle. 2014. „Lessons from Canada and Germany: Immigration and Integration Experiences Compared.“ *Comparative Migration Studies* 2 (1): 1–9. <https://doi.org/10.5117/CMS2014.1.BAUD>
- Bundeszentrale für politische Bildung. 2023. „Migrationshintergrund“. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/bevoelkerung-mit-migrationshintergrund/>. Zuletzt aufgerufen August 2023.
- Canadian House of Commons Debates, Oct. 8 1971, 8545–8548.
- Cannon, Martin J., und Lina Sunseri. 2018. *Racism, Colonialism, and Indigeneity in Canada: A Reader*. Second edition. Don Mills. Ontario, Canada: Oxford University Press.

- Deutsche Welle. 2021. „Deutschland braucht 400.000 Migranten pro Jahr“. <https://www.dw.com/de/deutschland-braucht-400000-migranten-pro-jahr/a-58962209>. Zuletzt aufgerufen August 2023.
- Deutschlandfunk. 2023. Faeser und Heil in Ottawa: Was Deutschland von Kanadas Einwanderungsrecht lernen kann. <https://www.deutschlandfunk.de/migrationspolitik-heil-und-faeser-in-kanada-dlf-9dcbe37b-100.html>. Zuletzt aufgerufen August 2023.
- Ellermann, Antje. 2021. *The Comparative Politics of Immigration: Policy Choices in Switzerland, Germany, Canada, and the United States*. Cambridge: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781316551103>
- Fleras, Augie. 2015. *Immigration Canada: Evolving Realities and Emerging Challenges in a Postnational World*. Vancouver: UBC Press. <https://doi.org/10.59962/9780774826815>
- Foroutan, Naika. 2019. *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Berlin: Transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839442630>
- Kerr, William R. 2018. *The Gift of Global Talent: How Migration Shapes Business, Economy and Society*. Redwood City: Stanford University Press. <https://doi.org/10.1515/9781503607361>
- Owen, David. 2021. „Global Justice and the Governane of Transnational Migration“. In: *Handbook of Migration and Global Justice* von Leanne Weber und Claudia Tazreiter (Hgs.), S. 241-259. Cheltenham: Elgar Publishing.
- Paulson, Justin, und Julie Tomiak. 2022. Original and Ongoing Disposessions: Settler Capitalism and Indigenous Resistance in British Columbia. *Journal of Historical Sociology* 35 (2): 154-160. <https://doi.org/10.1111/johs.12365>
- Schmidtke, Oliver. 2021. *Kanadas Immigrations- und Integrationsregime. Ein Modell für das 21. Jahrhundert?* Ottawa: Konrad-Adenauer Stiftung.
- Thym, Daniel. 2023. „Migration gestalten statt verwalten“. Frankfurter Allgemeine Zeitung.
- Triadafilopoulos, Triadafilos. 2012. *Becoming Multicultural: Immigration and the Politics of Membership in Canada and Germany*. Vancouver: UBC Press. <https://doi.org/10.59962/9780774815680>
- Vertovec, Steffen and Susanne Wessendorf, eds. 2010. *The Multiculturalism Backlash: European Discourses, Policies and Practices*. London/New York: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203867549>
- Winter, Elke. 2001. „Multiculturalism versus National Unity? Rethinking the Logic of Inclusion in Germany and Canada“, *International Journal for Canadian Studies*, 24: 169-193.